

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Zeitungen Die Neue Welt): Robert Wiest, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von August Fabian, Magdeburg. Druck von Franz Heitge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 961. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für Deutschland monatlich 1,00 Mk., 2 Bände 2,00 Mk. In der Expedition und den Buchhandlungen Vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pf. Bei den Postämtern 2,50 Mk. Einzelhefte 5 Pf. Sonntags und Feiertags 10 Pf. — Inzerationsgebühr die sechsgeleitete Zeile 15 Pf. Post-Zahlungsbillets 20 Pf.

Nr. 27.

Magdeburg, Dienstag den 2. Februar 1904.

15. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschließlich des Romans „Martha's Kinder“.

Zur Lage in Ostasien.

Auf die Antwort Rußlands an Japan wartet die kapitalistische Presse aller Länder mit großer Spannung. Sie sollte am Sonnabend in Tokio übergeben werden, ist aber bis zur Stunde noch nicht an ihre japanische Adresse gelangt. Von ihrem Text wird es abhängen — so versichern oberflächliche Beurteiler —, ob der Krieg sofort ausbricht oder ob der Friede gesichert ist.

Ist nun auch weder das eine noch das andere richtig, so ist doch die Entscheidung im fernem Osten, die sich in diesen Tagen weiter vorwärts schiebt, wichtig genug, um die Wiedergabe eines allgemeinen Ueberblicks zu rechtfertigen, der dem „Vorwärts“ von seinem Londoner Korrespondenten zugeht. Dieser schreibt:

Die Nachrichten sind noch immer widerspruchsvoll. Die Quelle der Konfusion ist nicht schwer zu entdecken. Sie findet sich in der Verlegenheit der russischen Diplomatie, die deshalb beträchtlichen Schwankungen und verschiedenen Hofintrigen unterworfen ist. Dagegen sind sich die leitenden Politiker in Tokio, Washington und London über Ziel und Taktik vollkommen klar.

Seit dem Jahre 1900, d. h. seit dem Ausbruch des Boxeraufstands, hatte Japan eine unzweideutige, zielbewusste Politik, von der sie bis jetzt nicht um Haarsbreite abgewichen ist. Diese Politik heißt: die Integrität und Unabhängigkeit Chinas und Koreas. Die Durchführung dieser Politik ist eine Lebensbedingung für Japan. Ein Mißerfolg ist ihm gleich Verdrüpfung; ein Erfolg wird ihm Lohn berechnen für seine imperialistische Tätigkeit in Ostasien. Man darf diese Längst nicht fürchten. Alle Nachrichten über einen japanischen Panmongolismus stammen aus russischen Quellen. Japan ist sicherlich kein sozialpolitischer Musterstaat, wohl aber ist es auf dem Wege, ein liberaler bürgerlicher Staat zu werden. Die japanischen Arbeiter genießen mehr Freiheit als die russischen.

In den seit Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen Rußland und Japan hat letzteres stets auf die Notwendigkeit der Integrität Chinas und Koreas hingewiesen. Japan will für sich nichts. Es verlangt nur, daß Rußland seinen Versprechen und Verpflichtungen gegenüber China nachkommt und die Mandschurei wieder unter die chinesische Souveränität stellt. Das ist die Hauptfrage zwischen Japan und Rußland. Denn ist die Mandschurei wieder chinesisch, so gibt es keine koreanische Frage mehr. Nur weil Rußland die Mandschurei besetzte, mußte es nach Korea hinübergreifen und wird schließlich auch Japan ruinieren müssen. Der beste Schutz der Mandschurei gegen Rußland ist die „offene Tür“, die gleichen Handelsrechte für alle Mächte in der Mandschurei. Deshalb ist Japan für die „offene Tür“. Sie ist die Vervollständigung des Prinzips der Integrität Chinas. Dagegen beansprucht Japan die Anerkennung seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft in Korea. Dies ist die Politik, für die Japan Gut und Blut zu opfern entschlossen ist. Diese Politik ist durchaus friedlich und kulturell: keine Eroberungen, sondern gleiche Rechte in China für alle.

Die Politik Rußlands ist ganz entgegengesetzt. Sie geht auf Eroberungen aus und auf Schädigung aller anderen Mächte. Sie bricht Verträge, denn seit dem 8. Oktober 1903 sollte die Mandschurei wieder unter chinesische Souveränität sein; anstatt dessen besetzt Rußland dort immer gründlicher seine Stellung und mischt sich auch in die inneren Angelegenheiten Koreas. Rußland schädigt die Interessen aller Mächte, die mit China Verträge haben, da es die „offene Tür“ nicht anerkennen kann. Wenn es je eine aggressive Politik gab, so wird sie gegenwärtig von Rußland in Nordchina und Korea getrieben. Und die russische Diplomatie weiß es; deshalb braucht sie so viel Zeit, um die japanischen Noten zu beantworten. Wäre sie kriegsbereit und nicht so isoliert, so würde sie schon längst ihre Verträge mit China zerbrochen haben. Aber ihre Kriegschancen sind keineswegs die günstigsten. Noch hat der Krieg nicht begonnen und die Nachrichten aus der Mandschurei melden bereits von Massenerkrankungen unter dem russischen Heer. Rußland hat übrigens keine plausible Kriegsbefehle, da Japan nichts mehr verlangt, als was vertragsmäßig billig ist. Und auch dieses Verlangen wird in so korrekter Form gestellt, daß keine Fanfare daraus zu machen ist. Die berühmte russische Diplomatie hat sich jetzt so verfahren, daß sie weder vorwärts noch rückwärts kann. Jegend ein aggressiver Zug der russischen Diplomatie wird von Japan mit Frey beantwortet werden. Und zurück kann sie auch nicht — einfach aus Schande. Sie

hat bereits viel von ihrem Prestige in Ostasien eingebüßt und wird vielleicht dort ihr Grab finden.

Denn ebenso klar und zielbewusst wie die Politik Japans ist die der Vereinigten Staaten. Seit dem Boxeraufstand von Jahre 1900 ist sich die Washingtoner Verwaltung klar, daß die einzig richtige Politik in Ostasien ist: die Integrität und Unabhängigkeit Chinas. Der Staatssekretär Mr. Hay hat damals seinen Kollegen diese Politik auseinandergesetzt und sie wurde als die maßgebende angenommen. Mr. Hays Politik ist auf eine ökonomische Theorie begründet, die etwa folgendermaßen lautet: Der wirtschaftliche Aufschwung der Vereinigten Staaten ist ihren reichen Mineralreichen zu verdanken. Die wirtschaftliche Stärke der Vereinigten Staaten wird dauern, so lange sie Kohle, Eisen und Stahl billiger liefern können als Europa, dessen Mineralreichtümer sich erschöpfen. China ist reich an Mineralreichtümern. Wird es aufgeteilt — und die russische Annexion der Mandschurei wäre der Anfang der Aufteilung Chinas — so wird es den europäischen Mächten leicht sein, in China Industrien aufzubauen, die die amerikanische Konkurrenz schlagen werden, um so mehr, als sie dort die billigsten Arbeitskräfte haben. Es liegt also im Interesse Amerikas, den Territorialbestand Chinas zu wahren. Die Vervollständigung dieser Politik ist die „offene Tür“, die gleichen wirtschaftlichen Rechte für alle. Dies bedeutet, daß die industriell tüchtigsten Mächte die Oberhand in China behalten müssen. Rußland wird den kürzeren ziehen, da die Unfreiheit die industriellen und organisatorischen Energien des russischen Volkes unterbinde. In dieser Politik fanden die Vereinigten Staaten sofort das Einverständnis Japans.

Ihnen gesellt sich England. Die englischen Motive sind auf die Sicherheit Indiens gerichtet. England braucht vorläufig Japan, um in Asien einen Bundesgenossen gegen Rußland zu haben. Man hat in Indien eine Identität der Interessen zwischen England und Japan ist nicht vorhanden. Solange Japan stark genug ist, Rußland in Ostasien zu beschäftigen, und solange es zu keinem dauernden Einverständnis zwischen Rußland und England über die Teilung Indiens kommt, ist ein englisch-japanisches Zusammengehen zu erwarten. Sollte sich aber Rußland entschließen, England die verlangten Garantien und Konzessionen zu gewähren, so wird England seine eignen Wege gehen. Diese Konzessionen sind allerdings ganz bedeutend. England will Rußland zwingen, ihm fast ganz Südastien zuzugestehen, ungefähr alle Gebiete vom 80. Breitengrade an: Arabien, Südpersien und Tibet; Afghanistan und das Gangesbecken sind mehr oder weniger als englische Einflusssphären anerkannt. Die Russen glauben, diese Forderungen seien exorbitant. Die Panislamisten sind überhaupt der Meinung, Rußland solle sich lieber auf Südastien werfen und mit Japan Frieden schließen, da dieses doch nur so starkköpfig sei, weil es auf englische Hilfe rechnen kann.

Die Lage in Ostasien ist auf jeden Fall für Rußland eine recht schwierige. Sie ist auch eine von wahrhaft welt-politischer Bedeutung.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 1. Februar 1904.

Wozu man Geld hat und wozu man keins hat.

Zur nächtlichen Zeit, da der preussische Kriegsminister in der Budgetkommission des Reichstags einen zähen Kampf um die Erhöhung der Oberleitungsstellen kämpft, kommt aus den königlichen Militärwerkstätten in Spandau die Nachricht, daß die 20 000 Arbeiter der berühmten staatlichen Musteranstalt eine schwere Enttäuschung erfahren haben. Es war nämlich in der Feldzeugmeisterei der Plan erwogen worden, den Arbeitern einen Sommerurlaub von 8—10 Tagen unter Fortzahlung ihres Lohnes zu gewähren.

Es wurden nun Berechnungen aufgestellt, aus denen sich ergeben haben soll, daß diese Neuerrichtung einen Aufwand von einer Million erfordern würde. Diese Berechnung ist nicht nur deshalb übertrieben, weil sie die Vermehrung der Arbeitsintensität, die durch die Gewährung einer Urlaubszeit erzielt wird, als ausgleichenden Faktor nicht anerkennt, sondern auch deshalb, weil die Kosten für einen gewährten Urlaub mit 50 Mark durchschnittlich (5¹/₂—7 Mark pro verlorren Arbeitstag) viel zu hoch eingestelt sind.

Trotzdem also die Kostensumme in Wahrheit weit unter einer Million zurückbleibt, fehlt es zur Durchführung einer so wohlthätigen Maßnahme an Geld! Das neue Zeitalter der Sparbarkeit fängt damit an, daß man den Arbeitern des Militarismus den Luxus einer kurzen Erholungszeit nicht gönnen zu dürfen vermeint.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Ueber die Sonnabend-Sitzung des Reichstags wird uns aus Berlin geschrieben:

Seit mehr als drei Jahrzehnten steht die Frage nach der privaten und öffentlich-rechtlichen Stellung der Arbeiterberufsvereine zur Diskussion. 1884 brachte unsere Praxtion bereits einen ausgearbeiteten erscheinenden Gesetzentwurf ein; zu Duzenden Malen hat der Reichstag Petitionen, Resolutionen, Initiativanträge über diesen Gegenstand beraten, angenommen, der Regierung überwiesen. Unterdes bestanden die schlimmsten Mißstände ruhig weiter.

Auf privatrechtlichem Gebiet ist das bekanntlich gar nicht kleine Vermögen der Berufsvereine für das Millionen nützlich erarbeiteter Groschen opferfreudig hingegeben worden, hollommen schuflos; haben doch die Berufsvereine nicht einmal das Klagerrecht. Deffentlich befestigt § 152 alle dem freien Koalitionsrecht entgegenstehenden Gesetze, aber die Landesgesetzlichen Bestimmungen über Veretns und Versammlungen, die Auslegungs-fünfte der Gerichte, die Willkür der Verwaltungsbehörde führen sie wieder ein.

All das sind Zustände, die keinem der Reichstagsabgeordneten, ja überhaupt keinem Menschen in ganz Deutschland unbekannt sind oder sein sollten. Ueber sie zu reden, hat keinen Sinn mehr; sie müssen geändert werden. So erwartete man denn, daß heute, wo das Zentrum den Reichstagsler nach dem Zeitpunkt und Inhalt der Reform, sagte, ein vollständiger Gesetzentwurf, dem höchstens noch die Paragrafenzahlen fehlten, die Antwort sein würde. Aber als nach der im wesentlichen durchaus treffenden Begründung des Interaktion durch Herrn Dr. Trimborn Staatssekretär Graf Posadowski sich zur Verantwortung erhob, hörte man nichts weiter als „grundsätzlich nicht abgeneigt“ und „gewisse Bedenken und Schwierigkeiten“. Mit anderen Worten: Es ist noch gar nichts geschieden, und vorläufig wird alles beim alten bleiben.

Unser Genosse Legte kennzeichnete denn auch nach eingehender Schilderung der gegenwärtigen unheilbaren Lage diese Saumlosigkeit der herrschenden Parteien und Klassen mit aller Deutlichkeit und zeigte am Beispiel Grimmitzhaus, wie Behörden und Unternehmer mit dem Koalitionsrecht umspringen. Eine starke Wirkung übten besonders die neuen Mitteilungen über die Nachhefte der Grimmitzhauser Unternehmer gegen die Arbeiter und den Regilarbeiterverband.

Der Reichstagsabgeordnete, Herr v. Kardorff, hat die mehr oder minder sozialreformerisch angehauchten der Abgeordneten Heber (natl.), Wölk (Freis. Vst. Wg.) und Rothhoff (Freis. Wg.), Dreißel (Vole.) und Städter (Christlich-Sozial) füllten mit Einzelheiten die lange Sitzung, die sich bis nach 12 Uhr hingog. Keiner unter all diesen bürgerlichen Abgeordneten ist entschlossen, die Regierung vorwärts zu zwingen, wenn auch Herr Trimborn im Schluswort seine Unzufriedenheit mit der Erklärung des Staatssekretärs zu erkennen gab. Ueber das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, das selbst der Frankfurter Arbeiterkongrad unbedingt verlangt hat, schweigt die heuchlerische Sozialpolitik des Zentrums; es weicht wie immer dem Konflikt mit der Regierung aus.

Aus dem Dreiklassenhause.

Aus Berlin wird uns über die Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhaus geschrieben:

In Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Beratung des Etats. Zunächst kam der Etat der Domänenverwaltung an die Reihe.

Von den Agrariern, den Konserbativen und der Zentrumspartei wurde natürlich dabei wieder über die Not der Landwirtschaft geklagt, die auch weiter bestehen soll, obwohl die Pachterträge für die Domänen ganz erheblich gestiegen sind. Der freisinnige Abgeordnete Drömel wies demgegenüber darauf hin, daß früher, als die Domänenpachten zurückgingen, diese dieser Artzang als besonderes Merkmal der landwirtschaftlichen Not von den Agrariern hingestellt wurde.

Herr Camp nahm schließlich noch Gelegenheit, eine Rede zu halten, die er am Tage vorher zu halten verkannt hatte. Er wies gegen den Plan, auch für die ländliche Bevölkerung öffentliche Fortbildungsschulen einzuführen. Was soll das? Der Landarbeiter, fragte er, mit der Fachbildung anfangen zu lassen, soll eine solche Schule den Bauern nützen. Der Bauer hat aber keinen Grund, sich für den landwirtschaftlichen Betrieb zu interessieren, in seinem Nachbar, dem Großgrundbesitzer. Der Abgeordnete Hund trat diesen bildungsfeindlichen Auslassungen entgegen und energisch entgegen. Sehr bezeichnend war es, daß der Genosse des Herrn v. Kardorff, der ja nach Verabschiedung der Reichstags im Reichstage mit den Führern des Bundes der Bauern in der argen Wist gekommen war, es unternahm, ein Wort auf diesen selbst Bund zu sagen. Er wandte sich an den Bauernminister und hat ihn, das Tischtuch, das er zwischen sich und dem Wunde der Landwirte zerschneiden habe, wieder kopfen zu lassen.

Eine längere Debatte gab es dann über die Erweiterung von Weingärten durch den Etat. Die Redezeit der Redner war die Meinung, daß die Staatsverwaltung nicht einen großen Verlust anhäufen dürfe, damit den privaten Weinbauern keine künstliche Konkurrenz entstehe. Der Minister erklärte, daß eine bedeutende Absicht der Regierung noch nicht bestche, daß sie aber über Weingärten arrondieren müsse, um eine energische Bekämpfung des Schwarzweins, eines der argsten Lebensschädlinge durchzuführen. Hiemit festigt wurde gestritten über die Verpachtung der im Domänenbesitz befindlichen Mineralbrunnen. Von den beiden ultramontanen nationalistischen Abgeordneten Gahensly und Dahlen wurde das Geschäftsgebahren der Firma Siemens & Rosenhol, an die der Sekterier und der Fachinger Brunnen verpachtet sind, sehr lebhaft angegriffen. Obwohl der Minister die genannte Firma in Schutz nahm, entließ sich die Mehrheit des Hauses doch, den betreffenden Wirtschaftler noch einmal an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Nachdem der landwirtschaftliche Etat erledigt war, kam noch der Forstetat an die Reihe. Nach jeder einzelnen Rede erlitten die Forstleute eine halbe Stunde Ruhe. Der Präsident gab ihnen aber keine Ruhe, schien jedoch den Verhandlungen trotzdem nur mit geringer Aufmerksamkeit zu folgen. Zwei Redner des Zentrums, die Abgg. Sehr.

n. Wolff-Metterich und v. Sotigny, die es unterbrach, konnten ihm nachweisen, daß sie durchaus zur Sache gesprochen hätten. Es wurde die Debatte auf Montag verlegt.

Die Wursthaut an der Richturmspitze.

Am Sonnabend hat der Staatssekretär des Innern einige Aufschlüsse über die positive Arbeit des sozialen Königtums gegeben und von dem Programm des besonnenen sozialen Fortschritts so viel vertragen, daß zu erraten wenig übrig bleibt: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine unter Ausschluß der Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe und „gewisser öffentlicher Anlagen, die wichtige Aufgaben der Allgemeinheit zu erfüllen haben“ — das ist der Lohn, den der Frankfurter Kongreß durch seine königstreue Gesinnung sich und der übrigen Arbeiterschaft verdient haben soll.

Es ist an dieser Stelle schon oft genug ausgeführt worden, daß die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nur in Verbindung mit der wirklichen Gewährung der Koalitionsfreiheit wertvoll ist. Wie die verbündeten Regierungen aber über diesen Punkt denken, ergibt sich aus den Ausnahmen, deren Einführung Graf Sobjanowski angekündigt hat.

Daß den „Berufsvereinen“ der Staatsarbeiter die Rechtsfähigkeit nicht erteilt werden soll, ist freilich nichts als ein blutiger Witz, eine schneidende Verhöhnung jener Leute, denen die Bildung wirklicher Berufsvereine überhaupt verboten ist. Und wenn nun weiter die Berufsvereine solcher Arbeiterbranchen, „die wichtige Aufgaben der Allgemeinheit zu erfüllen haben“, rechtsunfähig bleiben sollen, so darf man wohl verwundert fragen, welche Teile der Arbeiterschaft keine wichtigen Aufgaben der Allgemeinheit zu erfüllen haben. Logischerweise könnte also höchstens den Berufsvereinen von solchen Arbeitern die Rechtsfähigkeit zuerkannt werden, die etwa in Parkett- oder Spielkartenfabriken beschäftigt sind.

In der wilden Republik Kalifornien hat ein Gesetz vom 20. März 1903 festgelegt, daß die Ausübung des Koalitionsrechts, sofern dabei Zwang, Gewalt, Drohungen nicht angewendet werden, in keinerlei Weise strafbar ist. Ausnahmen zugunsten bestimmter Arbeiterschichten gibt es natürlich nicht.

Im Deutschland des sozialen Königtums aber preist man es als einen sozialpolitischen Fortschritt, wenn den Arbeitern bestimmter Kategorien ihr minderes Recht, ihre bis zum Nullpunkt eingeschränkte Vereinsfreiheit durch ein neues Gesetz abermals bestätigt werden soll. Unsere berühmte Sozialpolitik, die man sich zudem noch durch königstreue Gesinnung verdienen muß, ist nichts als eine Wursthaut an der Richturmspitze. Mit jenen, denen die königstreue Herzenssache ist, soll hier nicht gerechnet werden. Die aber, denen der Reichskanzler das Bekenntnis zu loyalen Gesinnungen als ein gutes Geschäft empfohlen hat, werden es sich ernstlich überlegen, ob sich's denn eigentlich der Mühe verlohne. . . .

Das Internationale sozialistische Bureau.

Das internationale sozialistische Bureau werden folgende Mitteilungen gegeben:

Die nächste Sitzung der Mitglieder des Internationalen Bureaus — das von der bürgerlichen Presse schon tot gesagt war — findet am 7. Februar im „Vollshaus“ zu Brüssel statt. Es wird verhandelt über: Bericht des Sekretariats; der internationale Kongreß von Amsterdam; internationale Politik; Bestimmungen für die Tätigkeit des Sekretariats.

Für den Kongreß von Amsterdam liegen dem Sekretariat bisher Berichte und Resolutionen über folgende Verhandlungsgegenstände vor: Internationale Solidarität; der Militarismus und die Schule; Gewerkschaft und Politik; Generalfreie; Waidemonstration für den Achthunderttag; Wohnungsfrage; Auswanderung und Einwanderung; Zollschuß und Freihandel; Militarismus; Taktik der Partei; Arbeiterversicherung.

Berichte über die Arbeiterbewegung ihrer respektiven Länder haben bis jetzt folgende Parteioptionen eingesandt: Argentinien, Australien, Finnland, Luxemburg, die hiesig-slavische Sozialdemokratie Böhmens, die österreichische Gewerkschaftskommission, der jüdische Arbeiterbund von Litauen und Polen. Die übrigen Landessekretäre werden ersucht, Berichte baldmöglichst einzujenden.

Sie wollen keine Denunzianten sein!

Das Direktorium des „Deutschen Offiziervereins“ wendet sich in einer Verächtlichkeit, die an verschiedene Blätter gesandt wird, gegen den Verdacht, daß es in der bekannten Affäre der „Kummershale“ die Rolle des Denunzianten gespielt haben könnte und versichert, daß es „nie als Mittelungen seiner Mitglieder, die das Warenhaus ebenso wie jedes andre Geschäft als vertrauliche Korrespondenz seiner Kunden behandelt, an militärische oder andre Stellen weitergibt“.

Es bleibt also bis auf weiteres fraglich, ob die Geschichte von dem treuen Offizier nichts weiter als eine artig erfindene Anekdote ist, oder ob ein anderer Dieferrant jene ungeschöne Handlung begangen hat, deren Verdacht der Offizierverein so weit von sich zurückweist. Freilich scheint es ja, als ob dieser Verein manches seiner Mitglieder darüber hätte beruhigen wollen, daß das Beichtgeheimnis geäußert „Simplifizismus“ Stimmungen bei ihm besser aufgehoben sei als an andern privaten Stellen.

Deutschland.

Berlin, 1. Februar. In der Sitzung der Kommission des Reichstags über die Kaufmannsgerichte ist mit allen gegen drei Stimmen der Anschluß an die Gewerbegerichte beschlossen worden.

Wie lange wir mit dem Reichstagswahlrecht auskommen werden, so schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, ist eine Frage, die wir nicht beantworten können. Das

Organ des Bundes der Landwirte toleriert mit dem Gedanken einer Wahlrechtsänderung, angeblich, um gerüstet zu sein, falls die nicht gewollte, aber nicht unmögliche Notwendigkeit über kurz oder lang herantritt. Am sympathischsten ist dem Bundesorgan ein Wahlrecht der Berufsstände. Früher behauptete das Organ, Anhänger des Reichstagswahlrechts zu sein. Seit Dertels Durchfall in Freiberg hat es die Maske abgeworfen.

Begen Majestätsbeleidigung durch eine Verurteilung in der Trunkenheit ist in Gießen ein 24-jähriger unbestrafter Dienstknecht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ein ihm übelwollender Mittknecht hatte ihn 2 Monate hinterher denunziert.

M. Glöblich, 31. Januar. Auch hier ist ein Konflikt der Ärzte mit den Krankenkassen ausgebrochen. Die Ärzte haben „familiären Krankenkassen“ gekündigt. Sie fordern freie Arztwahl und Erhöhung der Behandlungshonorarsätze im ersten Jahre auf 4 Mark pro Kopf, im zweiten Jahre auf 4,50 Mark und im dritten Jahre auf 5 Mark.

Crimmitschau, 31. Januar. Eine gestern vorgenommene Zählung der in Textilbetrieben beschäftigten Personen ergab, nach der „Welt am Montag“, daß insgesamt wieder 6345 Arbeiter und Arbeiterinnen untergebracht sind. Davon sind 5791 Sachsen, 354 sonstige Deutsche, 200 Ausländer. Am Sonnabend den 23. Januar waren 5340 Arbeiter beschäftigt. Die Zunahme beträgt also 1005 Personen. Vor dem Streik waren 7650 Arbeiter beschäftigt. Gegen 1700 Personen sind noch arbeitslos.

Deutsch-Südwestafrika.

Die militärische Lage ist folgende: Windhuk ist gegen Norden abgeschnitten, Olahandja von allen Seiten und ebenso Oshimbungwe. Bis Karibib sind die Deutschen Herren der Wahn, aber Regengüsse und die dadurch hervorgerufenen Ueberschwemmungen haben im Tal des Rhanflusses die Strecke zerstört. Der Kommandant des „Habicht“ hofft bis Anfang Februar die Linie wiederherstellen zu können. Von Karibib bis Olahandja sind es an der Bahn entlang 118 Kilometer, wobei die Entsendungstruppen nötig haben würden, um sie zurückzulegen, kann man nicht ermessen.

Ueber Gesichte und Verluste wird offiziell gemeldet: Bei Ausfällen gefochten bei Olahandja bis 21. Januar gesfallen: Eisenbahnspektatör Rod, Aug, Spodkamp. Omaruru ist am 27. mit großer Macht angegriffen, Angriff abgeschlagen. Von Oshimbungwe keine Nachricht, wahrscheinlich belagert. Bahnbau hinter Karibib zweifel in Angriff genommen, da Regen nachläßt.

Dem in Duala (Kamerun) liegenden Kriegsfahrzeug „Wolf“ ging der Befehl zu, seine sämtlichen Revolverpatronen sofort nach Swalopmund zu verschiffen, um das Artilleriematerial gegen die Pereros zu verklären.

Der Hamburger Dampfer „Adolf Böhmann“ hat am Sonnabend mit einem nach Südwestafrika bestimmten Truppentransport von 6 Offizieren und 187 Mann den Hamburger Hafen verlassen.

Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus vertagte sich am Sonnabend bis nach Beendigung der Verhandlungen der ungarischen Delegation. Da das Haus somit ohne die vom Ministerpräsidenten in letzter Stunde nochmals verlangte Bewilligung des Neutraugesetzes aussteht, so ist nach der Ankündigung des Grafen Tisza der Kriegsfall zwischen Regierung und Opposition gegeben. Der Kampf wird in etwa drei Wochen auszufechten sein, wenn die ungarischen Delegierten von Wien nach Budapest zurückgekehrt sind.

England.

Im Wahlkreis Ayr-Burghs, der bisher im Besitz der Konservativen war, fand am Freitag eine Ersatzwahl statt, mit dem Ausgang, daß die liberalen Freihändler siegen. Im Jahre 1900 betrug die konservative Mehrheit 590, jetzt erzielten die Liberalen eine Mehrheit von 44 Stimmen. Die liberalen Stimmen hatten 1710 Stimmen Zuwachs erhalten, die Zunahme der konservativen Stimmen betrug nur 67.

Der Tarifauschluß, der sich aus Anhängern Chamberlains gebildet hat, sandte an alle Fabrikanten im Vereinigten Königreich Fragebogen über den Einfluß der ausländischen Tarife auf die Verhältnisse der heimischen Industrie etc. Die eingehenden Antworten sollen als Unterlage für weitergehende Erhebungen dienen, bei denen auch mündliche Berechnungen erfolgen sollen.

Gewerkschaftsbewegung.

1500 Bautischler (Einspiger) aus Berlin und Umgegend waren gestern (Sonntag) im großen Saal des Gewerkschaftshauses versammelt. Nachdem die Lohnkommission bekannt gegeben, daß die beiderseitigen Kommissionsverhandlungen — der Bautischlermeister und der Einspiger — bisher noch zu keinem Resultat geführt haben, diese Kommission jedoch den Vermitteln empfiel, die Verhandlungen mit den Meistern fortzusetzen, um mindestens doch einen Tarifvertrag zu schaffen, entstand sofort eine erregte Debatte. Alle Diskussionsredner erklärten, daß nunmehr eine sofortige Niederlegung der Arbeit am Plage sei und man sich nicht länger hinhalten lassen wolle. Nachdem gelangte mit großer Majorität folgender Antrag zur Annahme: Montag früh ist auf allen Arbeitsstellen die Anerkennung des Tarifs unerschritten zu fordern; wo diese verweigert wird, ist die Arbeit sofort niederzulegen.

Die Qualität der Streikbrecher. Schlechte Erfahrungen macht der Eigengiebereibitzer Henzel in Waireuth mit seinen Arbeitswilligen. Mancher dieser Ehrenmänner wurde schon von der Polizei aus der Fabrik herausgeholt. Nun wurden kürzlich in der Fabrik große Unterschleife entdeckt, die auf mehrere Jahre zurückgehen. Mit den gestohlenen Sachen, deren Wert sich auf Tausende von Mark beläuft, wurde ein schwunghafter Handel betrieben. Als Täter wurden mehrere Arbeiter, darunter ein Eisenermeister, verhaftet. Die Verhafteten waren Herr Henzel bei einem Streik, der sich im vorigen Jahre in seiner Fabrik abspielte, getrene Arbeitswillige und wurden damals von der Ordnungspresse über den Schellenkönig gelobt.

kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Bergarbeiter in Köpcke bei Magdeburg werden von Agenten nach dem Bismarck-Keller gelockt. Es werden ihnen goldne Berge versprochen. — Die Zimmerer in Gotha forderten 40 Pfg. Stundenlohn. Die Meister wollen aber nur 37 Pfg. bewilligen. Ein Streik scheint unermittellich. — Die Schuhmacher in Seiffersdorf (Sirma Obpel) werden entlassen, weil sie sich gegen Lohnkürzungen wehren! In Pirna sind die Differenzen wieder beigelegt, auch die Kündigungen zurückgenommen. Die Firma Pappi daselbst führt schon wieder den Zwiedern die ohnehin fargen Löhne. In Jwanau stehen jetzt sämtliche 150 Schuhmacher der Firma Entz im Streik. Ein Vermittlungsversuch des Amtshauptmanns (Landrat) scheiterte, weil E. 10 Mann maßregeln will. Die Arbeiter sind erst kurze Zeit organisiert und zwar infolge der traurigen Lohnverhältnisse. — Die Schneider bei Tiffens in Pforzheim legten wegen Mäßreglung die Arbeit nieder. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Auspeerrung auch auf Erfurt ausdehnen wird. Die dortigen Schärsmacher hielten bereits eine geheime Versammlung ab, der auch Meister aus Jena und Weimar beizwohnten. Das belagert genug. — Die Dreher bei Bergsteinberg in Vielesfeld stehen infolge Lohnabzüge in Differenzen mit der Firma. Auch in Erfurt bei E. Pfeifer wurden sie mit Abzügen bedroht. Bis zu 5 und 7 Pfg. pro Stunde! Organisiert ist dort fast niemand! — Die Schleifer der Glasfabrik Weisenthal bei Straßburg legten wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder. Ebenso die Arbeiter in Hannover und die Maurer auf dem Bau Singer in Bitterberge. — Die Köpfer in Jwanau i. S. bekamen ihren Tarif gekündigt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Februar 1904.

Der „sozialistische“ Schwindler Blumstok mußte sein Gastspiel in Harburg plötzlich abbrechen. Dort erwischte ihn nämlich die Polizei und nahm ihn fest. Von der Staatsanwaltschaft war kürzlich ein Steckbrief hinter Bl. erlassen worden. Seine „Wanderschaft“ hat rund 2 Monate gedauert. Er wird jedenfalls nach Schleswig oder nach Flensburg übergeführt werden.

Ueber die sittliche und soziale Bedeutung der Wohnungsfrage spricht am Donnerstag den 4. Februar, abends Punkt 8 1/2 Uhr, der nationalsoziale Vordenkerrn Adolf Damaschke aus Berlin. Der Vortrag findet in der Aula der Lutherschule, Dreiengeßstraße, statt und wird auch die für Magdeburg hochaktuelle Frage: „Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert“ behandeln. Wir empfehlen der organisierten Magdeburger Arbeiterschaft den Besuch dieses Vortrags. — Der Eintritt ist kostenfrei.

Der Kartellvorstand.

Die nächste Stadtverordneten-Sitzung findet am Donnerstag den 4. Februar statt. Zur Beratung stehen neben einigen Bewilligungen die Haushaltspläne des Stadttheaters, für den Bachhof, der Handelsanstalten und Strecken, der städtischen Hafens- und Lagerhausverwaltung und des Gas- und Wasserwerks.

Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert. Am Sonnabend nachmittag tagte im Stadtverordneten-Sitzungssaal der große Ausschuß für die Neuordnung der hiesigen Steuerverhältnisse. Berichterstatter für den heuerzeit eingeleiteten Unterausschluß war Herr Dr. Fleischer. Nachdem die vom Anier beantragten Veränderungen genehmigt waren, gelangte die ganze Vorlage zur Abstimmung und wurde schließlich einstimmig angenommen. Bei einiger Beschleunigung dürfte die Steuer noch in diesem Jahre zur Anwendung gelangen.

Fernsprecher mit Selbstanschluß. Für die Fernsprecher mit Selbstanschluß, die sogenannten automatischen Telephone, hat die Postverwaltung in Berlin nunmehr die Bedingungen erlassen, unter denen diese Einrichtung zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich bekanntlich um ein System, das dem Benutzer ermöglicht, sich selbst durch einige Handgriffe innerhalb von wenigen Sekunden die Verbindung mit der gewünschten Sprechstelle zu verschaffen, also das Anrufen des Amtes und die von diesem vorzunehmenden Manipulationen überflüssig macht. Für alle Teilnehmer bis zu 5 Kilometer Luftlinie von der Anstalt wird die Jahresgebühr auf 200 Mark festgesetzt, während die weiter entfernt wohnenden Teilnehmer den auch für die gewöhnlichen Fernsprecher üblichen Zuschlag zu zahlen haben. Als eine jedenfalls außerordentlich angenehm empfundene Einrichtung ist es zu bezeichnen, daß die Inhaber von selbsttätigen Fernsprechanschlüssen mittels dieser Anschlüsse Telegramme beim Haupttelegraphenam aufstellen und sich angekommene Telegramme von dorthin zusprechen lassen können. Die Vergütung für das erstere beträgt 1 Pfennig für das Wort, mindestens aber 20 Pfennig, während sich die Gebühr für das Zusprechen eines Telegramms, ohne Rücksicht auf seine Länge, auf nur 10 Pfennig stellt. Die Fernsprechapparate mit Selbstanschluß haben sich in kurzer Zeit ganz außerordentlich beliebt gemacht, wozu neben der effektiven Zeitersparnis bei ihrer Benutzung wohl besonders die geringe Juanipruchnahme der Geduld des Zubehörs gegenüber der bei gewöhnlichen Apparaten aufzubringenden beigetragen hat.

Hoffentlich dauert es nicht allzulange, bis diese Neueinrichtung auch Magdeburg zugute kommt!

Genau unterrichtet ist ein hiesiges Blatt, das seinen Wochenbericht über die politischen Ereignisse der Woche also beginnt:

Das Geburtstagsfest des Kaisers war das große Ereignis, das mit seinen Vorbereitungen und Nachklängen die Woche ausgefüllt hat und im Interesse des Publikums an erster Stelle stand.

Dieses hier gemeine „Publikum“ besteht nämlich aus — hochgerechnet — 6670 Nummern, inklusive Freieigemplare.

Der Magdeburger „Central-Anzeiger“ ist, um dem steten Sinken seines ohnehin kümmerlichen Abonnentenstandes einen Damm zu setzen, auf ein „neues“ Mittel (das man allerdings seit 20 Jahren anderswo vergeblich benützt) verfallen: er verspricht von heute ab seinen Abonnenten eine Versicherung gegen Unfall und verspricht ihnen ferner eine Summe von 600 bzw. 1000 Mark für den Fall einer tödlichen Verunglückung. Verpöcht! Denn der

Deutscher Reichstag.

(22. Sitzung.)

Berlin, 30. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Trimborn - Ditzel, in der die Regierung gefragt wird, ob ein Gesetz beabsichtigt...

Regierung der rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine und der völligen Sicherung des Koalitionsrechts, sowie eine Vorlage zur Errichtung von Arbeitskammern baldigst zu erwarten ist.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Herr Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die verbliebenen Regelungen sind grundsätzlich nicht abgeneigt, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine der unter der Gewerbeordnung fallenden Arbeiter und Arbeiterinnen anzuerkennen...

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

recht wieder aufheben. (Sehr viele Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie dehnbar solche Bestimmungen sind, hat sich im Hamburger Vereinsrecht gezeigt.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Abg. Trimborn (Ztr.) begründet sie. Die Thronrede hat erfreulicherweise die Forderung der Sozialreform versprochen, aber über den springenden Punkt, die rechtliche Stellung der Arbeiterorganisationen, enthält sie nichts.

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeles.

(45. Fortsetzung.)

Eine ruhelose Kraft trieb Horstmann vorwärts. Er merkte, daß etwas in ihm gärte, dessen er nicht Herr war. Er hatte Angst vor sich selbst, Angst und Ekel vor allen andern.

Spät abends kehrte er in elende Fuhrmannskneipen ein, ob, krank, brütete vor sich hin, ging dann auf sein Zimmer, um dort ruhelos auf und ab zu laufen, bis er todmüde ein paar Stunden Schlaf fand.

Nachdem er so drei Tage lang umhergeirrt war, legte sich der Tumult, und ein Einziges blieb zurück: der Wunsch nach Ruhe. Er wollte nach Haus und alle Gehel in Bewegung setzen, um sich zu seinem Recht zu verhelfen.

und konnte nur den Zuschauer spielen, machtlos allen Verwirrungen preisgegeben. Über selbst in den Augenblicken der größten Erregung verlor er nie gänzlich die Besinnung über sich.

Zu Haus angekommen, schloß er sich in sein Zimmer ein und schrieb bis spät abends die von Beleidigungen strotzenden Zeitungsartikel. Dann ging er schlafen. Aber die ganze Nacht war er von Träumen gepeinigt.

Als er am nächsten Tag seinen Schwager Dehnbach bei der Mittagstafel vorfand, bekam er einen wahren Lobsuchtsanfall. Er schrie, das Essen wäre vergiftet, seine Frau stelle ihm nach dem Leben, überall lauerten Feinde auf ihn.

Das Erscheinen des Geheimrats Zimmer verlegte ihn vollends in Raserei. Er stieß die größten Schmähungen gegen die Ärzte aus, und wenig fehlte, so wäre er gegen den alten Herrn handgreiflich geworden.

Hier verfiel er nach einer sehr unruhigen Nacht in einen Zustand vollständiger Apathie. Die Ärzte wurden aus ihm nicht klug. Da sie nicht wußten, welcher Nutzen diesen läßen Stimmungswechsel veranlaßt hatte, konnten sie ihn auch nicht erklären.

An Horstmanns Ruhe war ein Wort des Geheimrats schuld. Dieser hatte ihm erzählt, daß man ihm die bei der Einweisung der Brücke vorerhaltenen Ehrenten später unter der Hand habe zukommen lassen wollen.

Es war dem Ingenieur, als wenn ihn noch einmal ein eben solcher fürchterlicher Schlag trafe. Aber das, was zum ersten Male Raserei in ihm hervorgerufen hatte, versetzte ihn jetzt in einen Zustand vollständiger Verzweiflung.

Er hatte sein Leben lang nicht viel von ihnen wissen wollen, seinen übrigen Anschauungen entsprechend, verachtete er die Schulmedizin und neigte zur Naturheilkunst.

Nachdem er sich in Grafenberg sechs Wochen lang tadellos benommen, nicht die leiseste Spur von Berrücktheit gezeigt, sondern im Gegenteil zugegeben hatte, daß er von der Verfehrtheit verschiedener seiner Äußerungen überzeugt sei, wurde er als geheilt entlassen.

Seine Vertrauensgegenstandin, die Tochter des Grafen, hatte er sich auf den Rat der Ärzte einen Wärter mitgenommen, dem er wegen seines stillen, mütterlichen Wesens sein Vertrauen geschenkt hatte. Dieser hielt die beiden Räume, das Arbeitszimmer und nebenan das Schlafzimmer, in denen er hauste, in Ordnung und begleitete ihn...

Doch Horstmann war weder blind, noch taub, noch gefühllos. Der alte Groll gegen sein Weib und deren Sippchaft war noch lebendig. Nur gebrauchte es ihm an Willenskraft. Aber es bedurfte nur eines einzigen Anstoßes, damit er, der in seinen Grübeleien wie ein lebendiger Begrabener eingekerkert war, aufstand und zeigte, daß er noch am Leben war.

(Fortsetzung folgt.)

„Das stimmt zu meiner Auffassung.“ sagte er. „Man sieht, man fühlt, daß all die Dogmen schwanken, von denen man glaubt, daß sie die Grundlagen der Zivilisation sind — (aber da möchte ich doch zwischen Klammern fragen, ob denn die heutigen Staaten wirklich nach christlichen Grundätzen verfahren? ... ich wollte es wäre so, dann fielen drei Viertel meiner Anklagen weg!) — also, um dieses hohe Gut, die Zivilisation, zu schützen, muß man kämpfen, und im Kampf gilt das Axiom, daß jede Waffe gut sei — gerade so wie der jehuditische (nicht christliche) Satz allenthalben Geltung behauptet: der Zweck heiligt die Mittel. An diesem Satze krankt unser ganzes politisches System. Zwecke — über deren Nützlichkeit man sich käuzeln kann, Zukunftsgefahren, die gar nicht existieren, werden als so groß aufgesetzt, daß sofort auch die bösesten Mittel geheiligt erscheinen, und man propagiert Roheit, Verfolgung und allerlei an sich Abheuliches und Niedriges in der Gegenwart, welches helfen soll, ein vernünftliches Hohen zu erreichen und vermeintlich entsetzliche Zukunftsstalamitäten abzuwenden. Daß aber die gebildete Roheit sicher böse Folgen nach sich ziehen muß, übersehen man ... Sehen Sie, verehrter Freund, das ist das ganze Geheimnis, warum sonst gute, wahrhaftig tugendhafte Menschen so viel Böses geschehen lassen — sie glauben, dadurch noch Schlimmerem vorzubeugen. So haben sich bisher noch alle historischen Schandtaten durch edle Motive begründen lassen und sind mitunter auch aus edlen Motiven verübt worden ... und die Geschichte wird auch so lange eine Kette von Greueln bleiben, so lange der Kulturmenschen nicht jene unheilige Formel abjehört und nicht erkennt, daß für keinerlei Zweck ein Mittel angewendet werden darf, das weniger heilig, weniger rein ist als der Zweck. Wenn Sie Einfluß auf Ihren Freund haben, liebster Herr von Wegemann, und den haben Sie ja — ebenso wie auf andre maßgebende Kreise — dann benutzen Sie ihn, um zu warnen ...
 „Nein, mein lieber Dolly, ich enthalte mich jeder Einmischung in

Ueberzeugung, daß sie es ganz eigentlich sind, von deren Wendung die Zukunft der Geschichte Europas abhängt. Die Krisis, in der wir leben, liegt in dem Kampf der Revolution gegen die christlichen Ideen, auf denen seit mehr als tausend Jahren die staatliche Ordnung Europas und seine Zivilisation beruht. Siegen diese Ideen nicht, dann wird Europa zu Grunde gehen und mit ihm die ganze Ordnung der Dinge. Dann folgt ein Chaos, das so lange dauern wird, bis die christlichen Ideen wieder, wie in den Zeiten Karls des Großen, allmählich die Geister gewinnen und wieder eine neue christliche Ordnung der Staaten und Völker herstellen — was aber weder wir noch unsere Kinder erleben werden. Wollen wir sie vor allen Greueln der Anarchie und der Christenverfolgung bewahren, so müssen wir in Oesterreich dem Sturm wider die Kirche Widerstand leisten.“

Rudolf nickte vor sich hin.

„Das stimmt zu meiner Auffassung.“ sagte er. „Man sieht, man fühlt, daß all die Dogmen schwanken, von denen man glaubt, daß sie die Grundlagen der Zivilisation sind — (aber da möchte ich doch zwischen Klammern fragen, ob denn die heutigen Staaten wirklich nach christlichen Grundätzen verfahren? ... ich wollte es wäre so, dann fielen drei Viertel meiner Anklagen weg!) — also, um dieses hohe Gut, die Zivilisation, zu schützen, muß man kämpfen, und im Kampf gilt das Axiom, daß jede Waffe gut sei — gerade so wie der jehuditische (nicht christliche) Satz allenthalben Geltung behauptet: der Zweck heiligt die Mittel. An diesem Satze krankt unser ganzes politisches System. Zwecke — über deren Nützlichkeit man sich käuzeln kann, Zukunftsgefahren, die gar nicht existieren, werden als so groß aufgesetzt, daß sofort auch die bösesten Mittel geheiligt erscheinen, und man propagiert Roheit, Verfolgung und allerlei an sich Abheuliches und Niedriges in der Gegenwart, welches helfen soll, ein vernünftliches Hohen zu erreichen und vermeintlich entsetzliche Zukunftsstalamitäten abzuwenden. Daß aber die gebildete Roheit sicher böse Folgen nach sich ziehen muß, übersehen man ... Sehen Sie, verehrter Freund, das ist das ganze Geheimnis, warum sonst gute, wahrhaftig tugendhafte Menschen so viel Böses geschehen lassen — sie glauben, dadurch noch Schlimmerem vorzubeugen. So haben sich bisher noch alle historischen Schandtaten durch edle Motive begründen lassen und sind mitunter auch aus edlen Motiven verübt worden ... und die Geschichte wird auch so lange eine Kette von Greueln bleiben, so lange der Kulturmenschen nicht jene unheilige Formel abjehört und nicht erkennt, daß für keinerlei Zweck ein Mittel angewendet werden darf, das weniger heilig, weniger rein ist als der Zweck. Wenn Sie Einfluß auf Ihren Freund haben, liebster Herr von Wegemann, und den haben Sie ja — ebenso wie auf andre maßgebende Kreise — dann benutzen Sie ihn, um zu warnen ...
 „Nein, mein lieber Dolly, ich enthalte mich jeder Einmischung in

Erst ein zornig ausgestoßener Fluß schreckte sie auseinander, Sugo sprang auf — ihm gegenüber stand Anton Delnitsky.
 Mit dem Ausruf: „Glender, frecher Schuft!“ stürzte dieser nun auf Sugo los und ver setzte ihm einen Schlag ins Gesicht.
 Silvia stieß einen Schrei aus und sank zu Boden — be-
 sinnungslos.

XXXI.

Während im Delnitsky'schen Hause dieses Drama sich abspielte, war Rudolf im Begriff, Wien zu verlassen, um einige seiner im Aus-
 land abzuhaltenen Vorträge zu absolvieren.

Zwar hätte es nicht gedrängt: bis zum ersten versprochenen
 Vortrag dauerte es noch vierzehn Tage, aber der Vorfall im Vorstad-
 t-wirtschaftshaus hatte ihm einen solchen Ekel eingesößt, daß er das sehn-
 jüchtige Verlangen empfand, so schnell als möglich eine andre Luft
 zu atmen und mit ganz neuen Eindrücken den so peinlichen Eindruck
 zu vertreiben.

Er hatte solche Eile, daß er nicht einmal von Mutter und Schwester
 sich verabschieden wollte. Nur über eins wollte er sich vor seiner Ab-
 reife noch aussprechen, nur eine gewisse Warnung vorzubringen, fühlte
 er sich verpflichtet.

Zu diesem Zweck suchte er Herrn von Wegemann auf und traf
 ihn glücklich zu Hause. Es war eben dessen Frühstücksstunde.

„Minister Allerdings“ lud Rudolf ein, mit ihm eine Omelette
 und ein Beestee zu teilen, was dieser bereitwillig annahm, weil er
 wußte, daß es sich bei Tisch, und namentlich nach Tisch, bei Kaffee
 und Zigarre, am besten plaudern ließe. Er hatte die Absicht, sich über
 die Sache, die ihm am Herzen lag, gründlich auszusprechen. Zwar
 war Herr von Wegemann nicht mehr aktiv an der Politik beteiligt,
 aber er war in stetem Verkehr mit den leitenden Männern und gehörte
 mit allen seinen Ansichten und Neigungen der herrschenden Partei an.
 Dazu war er der intimste Freund desjenigen Staatsmannes, der da-
 mals den höchsten Einfluß besaß, und der als ein Mann von aufrichtig
 kirchlicher Gesinnung, dabei von unüberwinderlicher Bildung und lauterstem
 Charakter bekannt und allgemein — auch von seinen Gegnern —
 hochgeschätzt war.

Ein gar gemüthliches Gagestolzen-Geist war es, in dem Herr von
 Wegemann hauste. Alles, was ihn umgab, war gebiegen und be-
 haglich. Einige große schöne Frauenporträts an den Wänden ließen
 annehmen, daß der Minister es verstand, die sorglose, angenehme

„Ich habe nicht geglaubt“, sagte Silvia, „daß ich so lieben kann.“
 „Wie ich dich liebe, weiß ich längst.“ Schon damals — er
 immerste dich — in Brunnhof, bei dem plötzlichen Gewitter, wie
 du mit entgegengesetztem und ausgetriebenen — als ich dich in meinen Armen
 auf Erden geben — dich befehlen.“
 „Ja, wir werden glücklich sein, über alle Begierde glücklich.“
 „Du bist nicht zufrieden mit jeder Ehegatte, als ich —“
 „In dieser Stunde ist mit jeder Ehegatte verbunden — höheres
 kann ich nicht erreichen, als dich.“
 „Nicht erlösen, nur betäubt. Mir ist auch so zu Grunde.“
 „Wie in einem Kaumel — und doch so ruhig, ruhig.“
 „Er rühte mit seinem Goutenil näher.
 um diese Stunde ergreifen zu können. „Stum sagten sie sich in geistlichen
 Stören — Sand in Sand und Klang in Klang — die Hundert hingen,
 köstlichen Schme die wie gepulverte Liebeslungen sind. Und schließ-
 lich, trotz der gefährlichen offenen Kitz, fanden sich ihre Lippen wieder
 in einem lauten, wellenstürmenden Kuss.“
 „So entrindend, daß sie nicht hörten, wie jene Kitz lastend auf-
 hing und jemand die in die Mitte des Stimmers kam.“

H. LUBLIN

Bettfedern



Sorte 7 Weiße Rupf-Federn prima Gospfund 2.50	Sorte 8 Land-Rupf-gans-Federn weiß Gospfund 2.75	Sorte 9 Land-Rupf-Federn Ia. Gospfund 2.95	Sorte 10 Land-Rupf-gans-Federn extra Ia. Gospfund 3.50	Sorte 11 pa. weiss Halbdannen Gospfund 4.25	Sorte 12 Weiße Danen Gospfund 4.80	Sorte 13 Weiße Danen extra Ia. Gospfund 6.25
--	---	--	---	---	--	---

Sorte 0 Hühner-Federn Gospfund 30	Sorte 1 Hühner-Federn Gospfund 45	Sorte 2 Full-Federn Gospfund 80	Sorte 3 Enten-Federn Gospfund 1.20	Sorte 4 Reine Enten-Dannen Gospfund 2.50	Sorte 5 Halbweiss. gerupft. Federn Gospfund 1.70	Sorte 6 Weiße Rupf-Federn Gospfund 2.10
---	---	---------------------------------------	--	--	--	---

1000 Pfund	Bettfedern	Wert 3.25	2.65 Pfund
---------------	------------	-----------	---------------

Normalwäpfe

Ein hohen Herren-Normalwäpfe Bügeln, gute Qualität, 95 cm lang Extrapreis 70	Ein hohen Herren-Normalwäpfe Bügeln, extra gute Qualität, 90, 95 u. 100 cm lang Extrapreis 1.35	Ein hohen Herren-Normalwäpfe Goldwolle, beste Qualität, 90, 95 u. 100 cm lang Extrapreis 2.00
Ein hohen Herren-Normalwäpfe Bügeln, gute Qualität, 95 cm lang Extrapreis 1.70	Ein hohen Damen-Normalwäpfe Goldwolle, beste Qualität, in allen Größen Extrapreis 1.70	Ein hohen Damen-Normalwäpfe Extr. gefärbt Extrapreis 65



